



GÖTTINGER BLÄTTER

04.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

Ulrich Holefleisch:

Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern –

oder man biegt sich die Sachen halt so hin, wie sie einem gerade passen.

Als ich vom Verkauf der alten Voigtschule hörte, ging ich wie selbstverständlich von einem Verkaufspreis um die eine Million Euro aus. Als ich dann in der Presse las, dass es um nur noch 400.000 Euro geht, war ich doch etwas verblüfft und habe noch einmal meine alten Unterlagen durchgewühlt. Und dann entdeckte ich in einem Protokoll des Bauausschusses vom 07.03.2013 den warnenden Hinweis des Grünen Bürgermeisters Holefleisch, er wolle zu Bedenken geben, „dass ein Verzicht auf ersparte Zinsaufwendungen eine nicht zulässige freiwillige Leistung darstelle.“ Soll heißen, es darf keinen politischen Preis geben.

Damals ging es um die Frage, ob man einem am Gemeinwohl orientierten Bieter, dem Kulturverbund, eine Kaufoption für 800.000 Euro einräumen sollte, wo doch ein privater Investor eine Million bot.

Der gleiche grüne Kommunalpolitiker lässt heute beim Verkauf für 4000.000 Euro an das Goethe Institut verlauten: „So eine Schule will doch keiner haben, wir können froh sein, dass wir überhaupt was dafür bekommen.“

Noch eine kleine Nebenbemerkung: Allein der Grundstückswert liegt nach der Richtwertskala deutlich über dem verhandelten Wert. (gn)

Impfpflicht für deutsche Kinder, kein Impfserum für Flüchtlingskinder

Da streiten sich die deutschen Gesundheitspolitiker/innen um die Frage nach Einführung der Impfpflicht, weil wieder vermehrt Masernerkrankungen zu registrieren sind. Da macht fast gleichzeitig die Meldung die Runde, dass möglicherweise der Masernausbruch in Berlin von einer bosnischen Flüchtlingsfamilie ausgegangen sein könnte. Und dann wird eher beiläufig publik, dass es an Geld, an Personal und an den nötigen Impfserven für die Menschen fehlt, die zwischenzeitlich wieder in Massenunterkünften (in Sälen, Turnhallen etc.) in Berlin und anderen Städten untergebracht werden müssen. Die Kommunen fühlen sich allein gelassen, finanziell überfordert und greifen aufgrund eines überforderten Wohnungsmarktes immer mehr auf Notunterbringungen zurück.

Es ist schon beschämend, wenn sich in Berlin eine Ärztin an die Bevölkerung wenden muss, um Spenden für dringend notwendigen Impfstoff einzuwerben. Sie selbst ist seit Wochen ehrenamtlich und unentgeltlich mit wenigen Kollegen/innen in den Notunterkünften für Flüchtlinge unterwegs und kümmert sich darum, Kinder, Jugendliche und Erwachsene – die häufig über keinerlei Impfschutz verfügen – zu impfen, um z.B. den Ausbruch von TBC und anderen ansteckenden Krankheiten der auf engsten Raum zusammengepferchten Menschen zu verhindern.

Hier müssen Menschen zu einer Impfung nicht gesetzlich gezwungen werden, hier wird sie ihnen, obwohl sie eine Impfung möchten, vorenthalten. Beschämend! (gn)

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

Impfpflicht	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
GöLinke	5
DIE LINKE. Termine	6
DIE LINKE. Kreistagsinfo	7
Grobian	8
DIE LINKE.	9
GöLinke Ratsinfo	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
Flüchtlingsgesetze	12

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 05.2015
ist der 17. April.
Auslieferung am 23. April.

Wollt ihr den totalen Markt?!"

**Die AfD – das parteigewordene
Bindeglied zwischen Neoliberalis-
mus und der extremen Rechten?**

**Vortrag und Diskussion mit
Prof. Dr. Herbert Schui**

28. April 2015, 18:00 Uhr, ZHG 103.

Was hat der neoliberale Marktfundamentalismus mit rechtspopulistischen Parteien und Bewegungen (AFD, PEGIDA Etc) zu tun? Ist der Neoliberalismus eine Gefahr für die Demokratie – und was können wir ihm politisch, wissenschaftlich und durch emanzipatorische Bildung entgegensetzen?

Darüber möchten wir mit Herbert Schui, ehemals Professor für Volkswirtschaft; MdB für die LINKE (2005-10) und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Attac diskutieren.

Veranstalter: Georg August Universität
Göttingen



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Die Befreiung Göttingens am 8. April 1945

**Donnerstag 23.04.2015, 19:00 Uhr
mit Dr. Martin Heinzelmann**

Ort: Jüdische Gemeinde (Angerstr. 14)
Veranstalter: VVN-BdA, Jüdische Gemeinde

Mit dem deutschen Überfall auf Polen begann im September 1939 der Zweite Weltkrieg. Durch „Blitzkriege“ gelang es Deutschland, seine Nachbarstaaten zu erobern. Am 22. Juni 1941 erfolgte der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. Bereits im Oktober 1941 jedoch kam dieser deutsche „Blitzkrieg“ gegen die Sowjetunion zum Erliegen, als die großen motorisierten Verbände der Wehrmacht vor den Toren Moskaus und Leningrads durch die Rote Armee zum Stehen gebracht wurden. Damit war die deutsche Kriegsführung, die auf ein schnelles Überrollen der sowjetischen Linien ausgerichtet war, strategisch gescheitert. Trotzdem konnte sich die Wehrmacht im besetzten Europa noch über drei Jahre halten – Jahre, in denen das Morden in

den Vernichtungslagern sowie die Terrormaßnahmen gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete weitergingen.

Für den Großteil der Göttinger Bevölkerung blieb der „Krieg im Osten“ immer noch weit entfernt. Die Sieg- und Durchhalteparolen der Wehrmacht und der NS-Führungsriege wurden für bare Münze gehalten. Im Jahre 1944 kehrte jedoch der von der Wehrmacht entfachte Krieg Schritt um Schritt nach Deutschland zurück: Während die Rote Armee im Osten weiter auf die deutsche Reichsgrenze vorrückte, wurde im Westen mit dem D-Day eine zweite Front errichtet. Doch selbst als das Deutsche Reich längst in Trümmern lag und die militärische Niederlage für alle bereits absehbar war, leisteten noch fanatisierte Wehrmachts- und SS-Einheiten an vielen Orten bewaffneten Widerstand. Am 8. April 1945 näherten sich Kampftruppen der 2nd US Infantry Division Göttingen. Die Stadt, immer noch eine Hochburg



Ostergruß schwarzer US-Soldaten, 10. März 1945

der faschistischen Bewegung, sollte gegen die US-Armee „verteidigt“ werden, jedoch standen dafür kaum noch Truppen zur Verfügung. Letztlich rückten die US-amerikanischen Soldaten fast kampfflos in die Stadt ein. Das Konzentrationslager in Moringen wurde einen Tag später befreit. Vor allem für die in Göttingen ausgebeuteten Zwangsarbeiter und für aktive Nazi-Gegner endete mit dem Einzug der US-amerikanischen Infanteriedivision ein jahrelanges Martyrium. Es sollte noch einen ganzen Monat dauern, bis am 8. Mai 1945 schließlich die vollständige und bedingungslose Kapitulation Deutschlands unterzeichnet wurde.

► Weitere Veranstaltungen des Göttinger 8.-Mai-Bündnisses

Montag 04.05.2015, 19:00 Uhr

Vortrag: Antifaschistische Einheit oder antitotalitäre Spaltung? Über strategische Ausrichtungen im Kampf gegen den Faschismus

mit Jürgen Lloyd

Ort: Holbornsches Haus (Rote Straße 34)
Veranstalter: DKP

Freitag 08.05.2015, 18:00 Uhr

Gedenkveranstaltung zum 8. Mai 1945 anlässlich der Befreiung vom deutschen Faschismus

Ort: NS-Zwangsarbeiter-Mahnmal (Ausgang Bahnhof Westseite)

Veranstalter: VVN-BdA

Freitag 08.05.2015, 20:00 Uhr

Theaterstück: „Die Besserung“

nach Berichten ehemaliger Häftlinge des Jugendkonzentrationslagers Moringen

Ort: St. Johannis Kirche (Johanniskirchhof 2)

Veranstalter: stille hunde

Sonntag 10.05.2015, 19:00 Uhr

Konzert: „Wölfe mitten im Mai“

Liederabend gegen den Rechtsruck in Europa mit Kai Degenhardt

Ort: Bistro Löwenstein (Rote Straße 26)

Veranstalter: VVN-BdA, ver.di, Jüdische Kultusgemeinde, Jüdisches Lehrhaus, Bistro Löwenstein, Rosa Luxemburg Stiftung

Mittwoch 13.05.2015, 20:00 Uhr

Dokumentarfilm: „No Pasaran – Eine Geschichte von Menschen, die gegen den Faschismus gekämpft haben“

mit anschließendem Gespräch mit dem Regisseur Daniel Burkholz

Ort: Kino Lumiere (Geismar Landstr. 19)

Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung, VVN-BdA

Veranstaltungen der Kirchen zum 8. Mai:

Freitag 08.05.2015, 18:00 Uhr

Lesung aus den Tagebüchern von Victor Klemperer und italienische Orgelmusik zum 70. Jahrestag des Kriegsendes

mit Pastor Harald Storz (Lesung) und Stefan Kordes (Orgelmusik)

Ort: St. Jacobi Kirche (Jacobikirchhof 2)

Samstag 09.05.2015, 20:00 Uhr

Konzert zum 70. Jahrestag des Kriegsendes: Rudolf Mauersbergers Dresdner Requiem (Göttinger Erstaufführung)

für drei Chöre und Orchester, Leitung Stefan Kordes

Ort: St. Jacobi Kirche (Jacobikirchhof 2)

Veranstalter: Kantorei St. Jacobi, Kammerchor St. Jacobi, Mitglieder des Göttinger Symphonie Orchesters

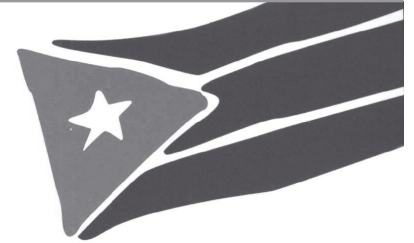
Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 08. April 2015

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt



VNB unser Kooperations-
u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Zuckerbrot und Peitsche

**Annäherung an Havanna, Konfrontationskurs gegen Caracas:
Obama könnte sich verrechnet haben**

Unterstützung von überraschender Seite für Venezuelas Präsident Nicolás Maduro: Jorge Urosa Savino, Erzbischof von Caracas und einer der ranghöchsten Vertreter der katholischen Kirchenhierarchie des südamerikanischen Landes, kritisierte die von den USA gegen Caracas verhängten Sanktionen als »inakzeptabel«. Das berichtete Radio Vatikan am Montag. Die Behauptung von US-Präsident Barack Obama, Venezuela stelle eine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar, sei »übertrieben«, erklärte der Religionsvertreter. Es sei »beklagenswert«, dass sich die Beziehungen zwischen den USA und Venezuela ausgerechnet in dem Moment verschlechterten, in dem die USA auf Kuba zuziehen.

Die Gleichzeitigkeit dieser beiden Entwicklungen ist tatsächlich auffällig. Schon am 10. Dezember beschloss der US-Kongress Strafmaßnahmen gegen namentlich nicht öffentlich genannte Beamte Venezuelas, denen die nordamerikanische Administration Menschenrechtsverletzungen vorwarf. Acht Tage später unterzeichnete Präsident Barack Obama den Sanktionsbeschluss – nur 24 Stunden nachdem er der überraschten Welt den Kurswechsel gegenüber Havanna mitgeteilt hatte. Am 9. März verschärfte Washington die Repressalien gegen Caracas weiter und verhängte gegen sieben diesmal namentlich aufgeführte Funktionäre des venezolanischen Sicherheitsapparates Einreiseverbote und andere Sanktionen. Die Lage in Venezuela stelle eine »ungewöhnliche und außerordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Außenpolitik der Vereinigten Staaten« dar, hieß es in

Obamas Dekret. Zugleich gehen hinter verschlossenen Türen die Verhandlungen zwischen Havanna und Washington über eine offizielle Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen weiter. Zuletzt traf am Montag erneut eine hochrangige Delegation in Havanna ein, berichtete Prensa Latina.

»Streit zwischen USA und Venezuela bringt Kuba in schwierige Lage«, titelte die Washington Post in der vergangenen Woche und unkte von einer inoffiziellen Arbeitsteilung in Havanna: Während Fidel Castro in einer kurzen Botschaft Maduro den Rücken gestärkt habe, setze dessen Bruder, Staatspräsident Raúl Castro, die Verhandlungen fort. Tatsächlich aber gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass Havanna seinen engsten Verbündeten den USA opfern könnte. Die staatlichen Medien der Karibikrepublik sind seit Tagen voll mit Berichten über die antiimperialistischen Proteste in ganz Lateinamerika. So titelte das Zentralorgan Granma am Montag: »Wir alle sind Venezuela!« Am Sonntag demonstrierten zahlreiche Künstler mit einem Konzert auf den Stufen der Universität von Havanna vor Tausenden Menschen gegen die US-Aggression. Außenminister Bruno Rodríguez bekräftigte am selben Tag in einer Fernsehansprache: »Wer Venezuela angreift, greift Kuba an!« Die USA müssten erkennen, »dass sie nicht Kuba mit Zuckerbrot locken und Venezuela mit der Peitsche schlagen können«.

Vor diesem Hintergrund sieht die Frankfurter Allgemeine Zeitung Obama bereits »orientierungslos im karibischen Dreieck« gefangen und warnt: »Die neuen Sanktionen Washingtons gegen Caracas haben zu einem Solidarisierungseffekt



mit Venezuela in Lateinamerika und in der Karibik geführt«. So hatte die Union Südamerikanischer Nationen (UNASUR), der Zusammenschluss aller souveränen Staaten der Region, am Sonnabend nach einem Außenministertreffen in Quito den USA vorgeworfen, das Dekret gegen Venezuela stelle eine »Bedrohung der Souveränität und des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten« dar. In der Montagausgabe der weder Havanna noch Caracas freundlich gesonnenen FAZ schreibt Matthias Rüb deshalb: »Die Sanktionen gegen Venezuela heben den positiven Effekt wieder auf, den die Ende 2014 verkündete Annäherung Washingtons an Havanna sowie die Lockerung des amerikanischen Embargos gegen Kuba für das Image der Vereinigten Staaten in Lateinamerika und in der Karibik gehabt hatten.«

► Mojitos, Zigarren und gute Gespräche.

Auch dieses Jahr wird die Göttinger Ortsgruppe der Freundschaftsgesellschaft BRD KUBA beim 1. Mai Fest vertreten sein. Wie immer mit guten Mojitos und besserer Laune! Kommt vorbei!
01. Mai.2015 am Gänseliesel.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, www.dkp-goettingen.de, goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Einladung zur Jahreshauptversammlung der DKP-Göttingen

Liebe Genossinnen und Genossen der DKP-Göttingen,

ich möchte euch zu unserer Jahreshauptversammlung 2015 einladen. Sie wird am **Dienstag, dem 12. Mai um 19:00 Uhr (!!)** im Roten Zentrum statt finden. Wir werden u.a. darüber beschließen, wer im nächsten Sprecherkreis die DKP-Göttingen leitet und vertritt, welche Delegierte zur BDK nach Hannover fahren sollen um dort über die Landespolitik zu entscheiden, und wer von uns als Parteitagsdelegierte(r) entsendet wird. Ich hoffe euch alle an diesem Abend begrüßen zu können!

Rote Grüße
Tom (im Auftrag des Sprecherkreises DKP-Gö)

Vorschlag zur Tagesordnung:

- 1) Begrüßung und Konstituierung
 - Beschluss zur Tagesordnung
 - Beschluss zur Geschäftsordnung
 - Beschluss zur Wahlordnung
 - Wahl der Sitzungsleitung
 - Wahl der Wahlkommission
- 2) Rechenschaftsbericht des Sprecherkreises
- 3) Finanzbericht
- 4) Revisionsbericht
- 5) Diskussion zu den Berichten
- 6) Anträge, Antragsdebatte und Beschlussfassung
- 7) Wahlen
 - Entscheidung über SprecherInnenkreis oder Kreisvorstand
 - Entscheidung über die Größe des Gremiums
 - Wahl des SprecherInnenkreises
 - Alternativ: • Wahl der/des Vorsitzenden
 - Wahl der/des stellvertr. Vors.
 - Wahl der weiteren Mtgl. d. Vorstades
 - Wahl der Revisionskommission
 - Wahl der Delegierten/Ersatzdelegierten zur Bezirksdelegiertenkonferenz Nds.
 - Wahl der / des Delegierten / Ersatzdelegierten zum Parteitag
- 8) Verschiedenes und Termine
- 9) Schlusswort

Der Antragsschluss für die Jahreshauptversammlung ist der 30. April 2015

Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Dienstag, 14. April, 20:00 Uhr

Neue Politik zwischen USA und Cuba

Dienstag, 28. April, 20:00 Uhr

Fortsetzung Parteidiskussion
Referent. Uwe Fritsch, PV-Mitglied und Betriebsratsvorsitzender VW Braunschweig

Seminar

der DKP Niedersachsen zum Hauptantrag an den 21. Parteitag der DKP

Die DKP Niedersachsen führt am **11. und 12. April 2015 in Faßberg bei Celle** ein Seminar zum Hauptantrag an den 21. Parteitag der DKP durch. Das Seminar soll so gestaltet sein, dass möglichst viele Teilnehmer/innen zur aktiven Mitarbeit angeregt werden.

- Was sind die größten politischen Herausforderungen der Gegenwart? Und bei welchen politischen Herausforderungen bestehen die besten Möglichkeiten zur Verhinderung von Verschlechterungen, zur Durchsetzung von Verbesserungen?
- Was sind die Ursachen und wer die Verursacher der Krisen? Wer sind die politischen Akteure im Kampf gegen die Krisen? Mit welchen Motiven kämpfen die einen und warum halten sich andere zurück?
- Wie können Kommunist/innen in diesen Kämpfen wirksam werden? Wie muss die Kommunistische Partei arbeiten?

Ausgehend von dieser Analyse, kann dann die eine oder andere Orientierung im Hauptantrag oder Alternativanträge an den 21. PT beurteilt werden.

Die Kosten betragen für Mahlzeiten, Übernachtung und Material 25 EUR. Teilnehmen können auch Nicht-Mitglieder. Anmeldungen bitte an die DKP Niedersachsen unter E-Mail bv@dkp-niedersachsen.de oder per Post in die Göttinger Straße 58, 30449 Hannover

MAKE CAPITALISM HISTORY - DIE ZUKUNFT GEHÖRT UNS

SDAJ
22.-25.
MAI 2015
JUGENDPARK
KÖLN

**FESTIVAL
DER JUGEND**

WWW.FESTIVAL-DER-JUGEND.DE

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

► Antrag zur Kandidatur bei den Kommunalwahlen 2016

Antragsteller: SprecherInnenkreis der Göttinger Linke

Die Mitgliederversammlung der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke beschließt, auch im Jahr 2016 zu den Kommunalwahlen im Gebiet der Stadt Göttingen anzutreten.

Begründung:

Sowohl der OV der Partei DIE LINKE, als auch die DKP und die Groner Antifaschistische Liste (GRAL) haben sich in internen Abstimmungen hierzu ausgesprochen, die Mehrheit der parteilosen Mitglieder der Gö-Li sowie KandidatInnen zur Wahl im Jahr 2011 haben in einem internen Aufruf hierzu aufgerufen.

Damit reiht sich diese gemeinsame Kandidatur linker und fortschrittlicher Kräfte in eine nun schon fast 25jährige Tradition ein, auf die die WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke zurückblicken kann. Diese begann anlässlich der Kommunalwahl 1991, als Mitglieder von BWK, DKP, PDS, Volksfront, antifaschistischen Organisationen, verschiedene Bürgerinitiativen und Parteilose gemeinsam als Linke Liste Göttingen antraten und so die drohende Zersplitterung und Marginalisierung linker Kommunalpolitik erfolgreich verhinderten.

Seither hat sich dieses Bündnis-konzept als die adäquate Form linker kommunalpolitischer Arbeit in der Stadt Göttingen bewährt, unterbrochen vom Konkurrenzantritt der PDS im Jahr 2001. Die Herausbildung der WASG führte dann zur Wiederbelebung des Bündnisses als WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke im Jahr 2006.

Diese erfolgreiche Tradition, die bei absoluter Autonomie der Mitgliedsorganisationen die freie kommunalpolitische Diskussion unabhängig von Parteigrenzen ermöglicht und folgerichtig eine große Attraktivität für parteipolitisch ungebundene linke Einzelpersonlichkeiten in unserer Stadt hat, wird hiermit fortgeführt.

„Wir meinen nicht, daß der Kapitalismus endgültig gesiegt hat, auch nicht in seiner Form als ‚soziale Marktwirtschaft‘. Dem Siegesrausch über die deutsche Einheit folgt die Katerstimmung. Für viele Menschen, auch in unserer Stadt, ist die

neue Armut in der Zweidrittel-Gesellschaft längst Realität; weitere werden sie zu spüren bekommen.“

Diese Prognose aus dem Kommunalwahlprogramm der Linken Liste Göttingen von 1991 hat sich als nur zu richtig herausgestellt und unterstreicht bei einem heutigen Blick auf sie und die Realität umso mehr die Notwendigkeit gemeinsamer linker Kommunalpolitik. Auch deren Spielraum war bereits 1991 korrekt dargestellt:

„Wir sind uns darüber im klaren, daß viele kommunale Probleme im Augenblick nicht auf kommunaler Ebene zu lösen sind. Wir lassen uns mit dem Verweis auf diese Tatsachen nicht abspeisen.“

Diese Einschätzung ist nach wie vor Verpflichtung linker Kommunalpolitik in Stadt und Landkreis Göttingen. Ihre unveränderte Gültigkeit spiegelt sich dann auch im Kommunalwahlprogramm der WählerInnen-gemeinschaft von 2011:

„Das Leben in den Kommunen verändert sich durch die fortschreitende Spaltung in Reich und Arm und durch die zunehmende Überschuldung der Städte und Gemeinden aufgrund einer völlig ungerechten Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zusehends. [...] Obwohl fast alle Kommunen völlig überschuldet sind, verstehen sie sich bis heute eher als Gegner und leider nicht als Solidargemeinschaft, die ihre Interessen und insbesondere die ihrer Bürgerinnen und Bürger gemeinsam in den Vordergrund stellen.“

Die in diesem Programm fixierte Perspektive linker Kommunalpolitik unter kapitalistischen Bedingungen hat unveränderte Gültigkeit:

„Wir wollen insbesondere die Lebensbedingungen der Menschen in Stadt und Landkreis Göttingen verbessern, die in der Regel keine Lobby haben. [...]

Kontakte:

Wählerinnengemeinschaft
GöLinke

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: goelinke@web.de

SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,
Thomas Bahrs, Helmut Nebel,
Gunnar Siebecke

Fraktion Göttinger Linke

im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 05 51-4 00 24 99
Fax 05 51-400 20 79
goelinke-fraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr
Mittwoch, 13-16.30 Uhr
Donnerstag, 09-17 Uhr

Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)
Torsten Wucherpfennig
Civar Akad

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

Mittwoch, 15. April, 19.00 Uhr

Rathaus Raum 112

Thema: Flüchtlinge in Göttingen

Gäste: Initiatoren der Initiative zum IWF

Wir Linken formulieren Alternativen zu den herrschenden Politikmodellen für eine soziale ökologische, feministische und nachhaltige wie zukunftsorientierte Politik. Unser Ziel ist eine solidarische Bürgerkommune, in der alle die Freiheit und die Möglichkeit haben, ihr eigenes Leben zu bestimmen und zu gestalten. Wir wollen Bindeglied sein zu außerparlamentarischen Bewegungen und Initiativen, ohne dem Versuch zu unterliegen, sie für uns zu vereinnahmen.“

Diese Perspektive gilt es im Antritt der WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke zur Kommunalwahl 2016 gemeinsam programmatisch neu gefüllt weiterzuführen.

Weitere Artikel der Göttinger Linke auf Seite 8

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Montag, 27. April, 19.00 Uhr bei Arbeit und Leben, Lange-Geismar-Straße 73, 37073 Göttingen

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung,
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Anträge
4. Diskussion und Beschluss Fusion KV Göttingen und KV Osterode
5. Berichte aus den Ortsverbänden und der Kommunalpolitik
6. Diskussion und Beschluss Wahlantritt bei den Kommunalwahlen / Göttinger Linke
7. Asylpolitik und Aufnahme von Flüchtlingen in Göttingen
8. Vorbereitung 1. Mai
8. Termine/ Verschiedenes

Gemeinsamer Infostand der KVe Göttingen und Northeim

zum steuerfreien Existenzminimum

am 4. April 2014, ab 10 Uhr am Wochenmarkt in Northeim

Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Montag, 20. April 2015, 19.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen

Schwerpunktthema: Die ‚share-economy‘ und das (angebliche) Ende des Kapitalismus (Referat und Diskussion).

OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

Donnerstag, 23. April, 19 Uhr im Gaststätte zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, Hann.

OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte) erfragen.

OV Rosdorf Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 31. März 2015, 19.30 Uhr im Balkangrill, Masch 25, Rosdorf
Themen: Kommunalpolitik und weitere Arbeit

Dienstag, 28. April 2015, 19.30 Uhr im Balkangrill, Masch 25, Rosdorf

Treffen der Linksjugend solid

Jeder **Mittwoch ab 18 Uhr** im Roten Zentrum

Rosa-Luxemburg-Stiftung Nds./ Rosa-Luxemburg-Club GÖ

Clubtreffen

Montag, 13. April, 17.30 Uhr, Rotes Zentrum
Roter Salon und weitere Arbeit

Veranstaltungsreihe zum 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung wird durch das Göttinger Bündnis 8. Mai 1945 eine Veranstaltungsreihe durchgeführt. An einzelnen Veranstaltungen beteiligen sich auch die RLS Nds. und der RLC GÖ..

Informationen dazu findet Ihr auf Seite 2 (VVN-Seite).

Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@dielinke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,
Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de.

Linksjugend [;solid]:

solidgoettingen@gmail.com

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,

34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,

E-Mail: hann.muenden@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

E-Mail: dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@die-linke-goettingen.de

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

AG Antifa

Michael Kaufmann

ag.anti.fa.linke.goe@web.de

Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,

37079 Göttingen, Tel. 01523 2077973

oder 0551-40137061

E-Mail: eckhardfascher@web.de

Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800

Volksbank Göttingen BLZ: 26090050

DIE LINKE. Kreistagsinfo aktuell

Nr. 20 - Februar 2015

Die Fraktion DIE LINKE. im Kreistag informiert über die vergangene Sitzung

EDITORIAL

Die thematisch etwas dünne Kreistagssitzung im Februar war zwar rekordverdächtig kurz, gleichwohl für DIE LINKE nicht unbedeutend, mussten doch wieder einmal die unmöglichen Resultate des Hartz-IV-Regimes angeprangert werden, was den anderen Fraktionen erkennbar Unbehagen bereitete.

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag
Kreishaus, Zi. 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel 05 51-525 108

dielinke@landkreisgoettingen.de
dielinke-goettingen.de/kreistag

TOP 5 – Modellversuch für anonymisierte Krankenscheine

Im Antrag der Mehrheitsgruppe ging es darum, sich als Landkreis Göttingen am Modellversuch zur Einführung von anonymisierten Krankenscheinen in Kooperation mit der Medizinischen Flüchtlingshilfe zu beteiligen, wodurch die medizinische Versorgung von Flüchtlingen sichergestellt werden soll.

DIE LINKE im Kreistag begrüßte diese Initiative, die eine Lösung für Menschen schaffen soll, die aus Angst vor Abschiebung Arztbesuche vermeiden. Neben den individuellen Folgen bei Verzicht auf medizinische Versorgung werden zudem nicht nur höhere Kosten für die Gemeinschaft verursacht, sondern das Ganze hat auch schwerwiegende Folgen z. B. für die Chronifizierung von Krankheiten.

Auch die CDU erkennt die Notwendigkeit zu handeln, ihr Abgeordneter Winter brachte es aber dennoch fertig, ein BGH-Urteil zu begrüßen, nach dem eine ärztliche Behandlung, die über die Notfallbehandlung hinausgeht, als Straftat zu werten sei.

→ In den Fachausschuss überwiesen

TOP 6 – Einrichtung Sozialgericht für Südniedersachsen in Göttingen

In der interfraktionell beantragten Resolution wird erneut die Einrichtung eines Sozialgerichts auch in Göttingen gefordert, was von der LINKEN unterstützt wird. Die gegenwärtige Situation, bei der das Sozialgericht Hildesheim für Göttingen zuständig ist, führt in vielen Fällen dazu, dass die Mehrzahl der Prozessteilnehmer hin- und herreisen müssen, was sich auch durch die Einrichtung zumindest einer Außenstelle vermeiden ließe.

Gleichwohl gelang es den Abgeordneten aller Fraktionen mit Ausnahme der LINKEN nicht, zu erkennen, wo denn die Ursachen der Prozesslawine in der Sozialgerichtsbarkeit liegen. Erst die Rede von Andreas Gemmecke machte dies deutlich: **10 Jahre Hartz IV !** Der Hinweis auf dieses „Jubiläum“ und die Erläuterung der Folgen dieser neoliberalen Schweinerei erzeugte im Plenum eine hitzige Stimmung mit allerlei Zwischenrufen. Die sich ertappt fühlenden Vertreter der prokapitalistischen Parteien warfen mit aufgeblasener Empörung ein, der Redner würde „am Thema vorbeireden“, ohne einmal zu reflektieren, warum ihr eigener Antrag überhaupt gestellt werden muss.

Auch der Kreistagsvorsitzenden ging diese Ursachenforschung zu weit, weshalb auch sie meinte, den Redner der LINKEN nachträglich ‚zur Sache‘ rufen zu müssen, was angesichts ihrer Mitgliedschaft in der SPD etwas peinlich wirkte.

→ Bei großen Differenzen über die Begründung des Antrags wurde dieser dennoch einstimmig angenommen.

TOP 24 - Anfrage Erbteilverpfändungserklärung

Aus aktuellem Anlass entstand für die LINKSFRAKTION die Notwendigkeit, im Kreistag eine Anfrage an die Verwaltung zu sog. „Erbteilverpfändungserklärungen“ zu stellen, die Hartz-IV-Empfängern von der Kreisverwaltung abverlangt werden.

Dabei werden den Leistungsberechtigten, die über Vermögen verfügen, welches jedoch nicht sofort verwertbar ist, die Leistungen darlehensweise gewährt. Als Sicherheit verlangt die Verwaltung von den Betroffenen dann, dass das ‚Darlehen‘ (also eigentlich die Sozialleistung) ‚dinglich‘ abgesichert wird.

Im konkreten Fall war dies ein geringer Anteil an einer geerbten Immobilie.

Das Problem dabei ist jedoch, dass auch andere Personen, enge Verwandte, in diese Angelegenheit involviert werden, indem von den Betroffenen verlangt wird, im Wege einer gerichtlichen Auseinandersetzung die Herbeiführung einer Verwertungsmöglichkeit zu gewährleisten.

Eine besondere Härte wird also nicht darin gesehen, wenn hilfsbedürftige Menschen sich mit ihnen nahestehenden Personen auf juristischen Wege auseinandersetzen müssen, wobei der Verwaltung angerechnet werden muss, dass sie im Einzelfall auch bereit ist, hier Kompromissmöglichkeiten auszuloten.

Im vorliegenden Fall ist noch zu erwähnen, dass die Verwaltung auch die nur darlehensweise gewährte Leistung dann auch noch verweigerte, da nicht sofort der von ihr erhobenen Forderung nachgekommen wurde. Vielmehr wurde nach einigen Monaten zynisch nachgefragt, wie die (Nicht-)Leistungsempfängerin überhaupt über die Runden komme, was ja eigentlich nicht sein könne, wenn sie auf die Leistung angewiesen sei.

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags im Deutsch-Türkischen Verein, Jonaplatz 4



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Auf der Grobian-Seite dokumentieren wir die Presseerklärung der Groner Antifaschistischen Liste:
Hendrik Falkenberg, Mitglied des Ortsrates Grone für die Göttinger Linke:

► GRAL zur Kommunalwahl 2016

Das Wählerbündnis Groner Antifaschistische Liste (GRAL), für die ich bereits 2001 zum Ortsrat Grone kandidierte, spricht sich für die Fortsetzung des erfolgreichen Modells der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zu den Kommunalwahlen im kommenden Jahr aus.

Hierzu möchte ich aus der homepage der Göttinger Linke zitieren: „*Sinn und Ziel der Wähler-Innengemeinschaft Göttinger Linke war und ist es, – im Gegensatz zu Konkurrenz Kandidaturen – auf der Plattform eines breit diskutierten Programms gemeinsam linke Kommunalpolitik zu*

betreiben; innerhalb und außerhalb der Kommunalparlamente der Stadt Göttingen.“

Diese Zielsetzung hat GRAL, aber auch mich selbst überzeugt, 2006 in der Göttinger Linke mitzuarbeiten und zu kandidieren. Es soll nicht die gleiche Situation wie 2001 entstehen, dass bei der Konkurrenz Kandidatur der damaligen PDS und GRAL kein/e KandidatIn beider Listen in den Groner Ortsrat einzieht, obwohl es ein genügend großes WählerInnenpotential in Grone gibt.

In der Februar-Ausgabe der Göttinger Blätter konnten wir auf der Seite der Ratsfraktion der Göttinger Linke eine ausführliche Begründung zum Abstimmungsverhalten der Ratsfraktion zum sog. Kuqua (Kunstquartier) lesen. Hierzu haben wir eine Antwort auf der Seite des Geschichtsvereines Göttingen von Prof. Dr. Peter Aufgebauer gefunden, den wir hier dokumentieren:

Zum Diskussionsbeitrag von Patrick Humke für die „Göttinger Linke-Ratsfraktion“

Die Kürzungen beim Museum betreffen Personal- und Sachmittel und schädigen daher sehr wohl massiv dessen Angebot. Die Unterhaltskosten für das Museumsgebäude – welches es auch immer sein mag – haben damit überhaupt nichts zu tun.

Es ist völlig unerklärlich, was die Kritik an den Kürzungen beim Stadtarchiv – im Übrigen eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommune – mit konservativen Kreisen zu tun hat. Ein funktionsfähiges Archiv, dessen Nutzung der Zivilgesellschaft offen steht, ist existenzielle Vorausset-

zung einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.

Den Kritikern an den Kürzungsvorschlägen vorzuwerfen, sie würden die Diskussion verweigern, stellt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf.

Um sie, um mit Marx zu sprechen, von dort wieder auf die Füße zu stellen, ist festzuhalten, dass bisher zum Thema Kuqua die vielbeschworene Zivilgesellschaft ein Selbstgespräch führt, während Verwaltung und Politik die inhaltliche Diskussion verweigern.

Göttingen, 28. Januar 2015

Peter Aufgebauer

mail: paufgeb@uni-goettingen.de

Wir, nicht parteigebundene Mitglieder und Freunde der WählerInnen-gemeinschaft Göttinger Linke, rufen auf:

► Für einen Wiederantritt der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zur Kommunalwahl 2016!

Wir, Mitglieder und Sympathisanten der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke, die weder der Partei Die Linke. noch der DKP angehören, sprechen uns anlässlich der Mitgliederversammlung am 13. April 2015 eindeutig für einen Wiederantritt der WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke zur Kommunalwahl 2016 aus. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass dieses linke Bündnis erneut gemeinsam im Göttinger Stadtrat arbeitet.

Begründung:

Teils sind wir schon seit 1991 in diesem Bündnis tätig, teils sind wir erst in den letzten Jahren dazugekommen; teils sind wir im Bündnis aktiv, teils verfolgen wir die Arbeit der WählerInnengemeinschaft

von außen, weil wir in anderen Zusammenhängen unsere Arbeit machen: Die Bündelung linker Kräfte, ob nun aus parteipolitischen Zusammenhängen, aus Organisationen oder als Einzelpersonen wie uns ist am ehesten in der Lage, ein Sprachrohr für Menschen ohne Lobby, kritische Bürger/innen und außerparlamentarische Organisationen zu sein. Nicht aus einer Tradition heraus, sondern aus der festen Überzeugung, dass so die größte Chance besteht, in der Kommunalpolitik in Göttingen weiterhin eine in der Bevölkerung verankerte und wahrzunehmende politische Kraft zu bilden, appellieren wir deshalb an alle Beteiligten, die WählerInnengemeinschaft nicht zur Disposition

Wähler/innengemeinschaft

Göttinger Linke

zu stellen sondern weiter zu führen, zu verbreitern und zu stärken.

Thomas Bahrs, Gabi Betz, Vanessa Fils, Jutta Gietz, Sylke Hamoudi, Annelie Hoos, Pascal Kessler, Tim Kessling, Dr. Peter Kasten, Marianne Mogk, Helmut Nebel, Ursula Nier, Rolf Ralle, Ute Retzki, Mechthild Röttig, Klaus Schild, Brunhilde Schöne, Christian Schüler, Adrian Tammen, Angelika Ungerer, Helmhard Ungerer, Jörg Vollmer

Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

Mitgliederversammlung am 13. 04. 2015:

- ➔ Die Einladung mit TOP war in den Göttinger Blättern, Ausgabe März 15 angekündigt
- ➔ Heute findet Ihr zur Ergänzung den Antrag des SprecherInnenkreises zur Kommunalwahl 2016 (siehe Seite 5)

► Armutsbericht für die schwarz-rote Bundesregierung

Seit dem 4. Armuts- und Reichtums-Bericht, im November 2012, als die Bundesarbeitsministerin noch Ursula von der Leyen (CDU) hieß, steht fest: in Deutschland ist eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu beklagen.

Während die letzten Zahlen zum Wirtschaftswachstum in Deutschland überraschend gut ausfielen, ist der neue Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes alarmierend. Die Schere zwischen Arm und Reich, hat sich gut 2 ½ Jahre unter der aktuellen CDU/CSU- und SPD-Regierung, noch vergrößert.

Die Auswertung des Armutsberichts, in dessen Rahmen jedes Jahr rund 390.000 Haushalte mit rund 830.000 Menschen befragt werden, kommt zu einem alarmierenden Ergebnis: Die Armut in Deutschland hat mit rund 15,5 %, in Zahlen 12 ½ - Millionen Menschen, einen neuen Höchststand erreicht.

Fast alle Bundesländer sind von einer eklatant hohen Armutsquote betroffen, welche dann angenommen wird, wenn die Einkünfte weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens betragen. Diese sogenannte relative Armutsschwelle wird bei einem Single-Haushalt in Deutschland bei einem Einkommen von 892,00 Euro im Monat, für zwei Erwachsene mit zwei Kindern mit 1.873,00 Euro im Monat angenommen.

Zudem zeigt sich eine zunehmende regionale Zerrissenheit. In Problemregionen, z.B. im Großraum Köln/ Düsseldorf, in welchem mehr als 5 Millionen Menschen leben, stieg die Armut seit 2006 um fast 1/3, auf 16,8 % der befragten Menschen an.

Von Armut besonders betroffen sind nach dem Bericht des Paritätischen Erwerbslose (Armutsquote rund 59 %), Alleinerziehende, vor allem Mütter (Armutsquote rund 43 %) und Rentnerinnen und Rentner (Armutsquote rund 48 %). Gerade im Bereich der Altersarmut ist in den letzten Jahren ein rasanter Anstieg zu verzeichnen, welcher prognostisch noch weiter steigen wird.

„Wär ich nicht arm wärst du nicht reich“

Maßgebliche Ursache der sich verschärfenden Armut in weiten Bevölkerungsteilen ist das Verteilungsdilemma, welches Union und SPD nicht bereit sind aktiv anzugehen.

Verdienten die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung Deutschlands Mitte der 80er Jahre fünf Mal so viel wie die ärmsten 10 Prozent, liegt laut einer OECD-Studie das Verhältnis aktuell bei sieben Mal so viel (Quelle: OECD, Studie vom 09.12.2014).

Dabei wäre, laut OECD eine Umverteilung von Vermögen von reichen auf ärmere Haushalte mittels Steuern und Transfer sogar wachstumsnützlich, weil durch eine solche Verteilungspolitik, welche sich vor allem auf Familien mit Kindern sowie auf junge Menschen konzentriert, Ausbildungs- und Entwicklungschancen erheblich steigen würde.

Die Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sind andere. Hohe Einkommen und Vermögen werden weiterhin privilegiert und das Armutsrisiko für Alleinerziehende und ältere Menschen, wird aus Mangel an politischer Gestaltungsbereitschaft zur Herstellung einer Teilungsgerechtigkeit durch die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD weiter verschärft.

Es dürfte, nachdem man mit Milliardengeschenken die Banken vor Ausfällen gerettet hat, auch nicht am fehlenden Geld liegen, ein Rentensystem zu entwickeln, welches Altersarmut vermeidet; an Stelle des Hartz IV Sanktionssystems, berufliche Perspektiven für Ausbildung und Arbeit und für Alleinerziehende Unterstützungssysteme, um Kinder und Beruf zu vereinbaren, treten zu lassen.

Gerade im Bereich der Bildung vernachlässigten sowohl die schwarz-gelbe als auch die schwarz-rote Regierung erhebliche Entwicklungschancen für die Bundesrepublik Deutschland und nicht zuletzt Einwohner in niedrigen Einkommenssituationen und deren Kindern.

Dadurch wuchs der Abstand zwischen Arm und Reich wie seit 30 Jahren nicht mehr. Ärmere Einkommensschichten sind nicht mehr in der Lage in Bildung zu investieren, was wiederum die soziale Mobilität und Ausbildung für Kinder aus sozial schwächeren Familien erheblich verschlechtert.

Wir fordern:

Im Ergebnis ist festzuhalten, die Armut hat sich seit der rot-grünen Ära unter Gerhard Schröder in Deutschland als Massenphänomen verfestigt.

Es braucht dringend einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Es

wird höchste Zeit den Kampf gegen die Armut aufzunehmen und die soziale Schere nicht noch weiter auseinander gehen zu lassen. Diesen Kampf wird DIE LINKE weiterhin in das Zentrum der politischen Debatte rücken.

Zur Überwindung des Klimas der sozialen Kälte hat DIE LINKE. Antworten:

► DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde. Wir wollen gute Arbeit statt schlechter, ungesicherter und unterbezahlter Jobs. Deshalb wollen wir eine umfassende Regulierung und Absicherung aller Arbeitsverhältnisse. Nur so kann Lohn-Dumping verhindert werden, nur so sind Löhne und Renten armutsfest.

► Die Hartz-IV-Regelsätze müssen auf 500,00 Euro erhöht, Sanktionen und sogenannte »Ein-Euro-Jobs« abgeschafft werden. Wir wollen ein Konzept einbringen, in dem in Zukunft keine Mindestsicherung mehr unter 1.050,00 Euro liegt. Um Kinder wirksam vor Armut zu schützen, wollen wir eine Kindergrundsicherung einführen.

► Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Das steht sinngemäß sogar im Grundgesetz. Deshalb ist für uns klar, dass der Spitzensteuersatz steigen muss, Superreiche eine Millionärsteuer zahlen müssen. Hohe Einkommen müssen wieder mit einem Spitzensteuersatz von 53 Prozent besteuert werden. Zudem wollen wir eine Millionärsteuer auf hohe Vermögen einführen und eine Reform der Erbschaftsteuer.

► Bildung und Kultur müssen allen zugänglich sein. Zu oft ist der Bildungserfolg der Kinder noch vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Und Kultur – kreativ und vielfältig – braucht Freiräume, um sich entfalten zu können, und öffentliche Förderung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen am gesellschaftlichen Reichtum, an Kultur und Bildung teilhaben

► und mitbestimmen, wie die Gesellschaft sich weiter entwickelt.

► Wir wollen, dass niemand im Alter arm ist. Wir fordern das Rentenniveau muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Die Voraussetzung dafür ist, dass die seit der Agenda-Politik eingeführten Kürzungsfaktoren aus der Rentenformel gestrichen werden. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente von 1.050,00 Euro netto – darunter droht die Armut.

► Wir wollen öffentliche und soziale Dienstleistungen ausbauen und den ökologischen Umbau voran bringen und so mit guter Arbeit Erwerbslosigkeit abbauen. Dazu fordern wir ein Zukunftsprogramm und ein Zukunftsinvestitionsprogramm in einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit Schwerpunkt: neue Arbeitsplätze für Alleinerziehende und Berufs(wieder)einsteiger.

GÖLINKE. Ratsinfo *aktuell*

Nr. 32
Apr. 2014

Editorial Neben ‚Toiletten für den Baggersee‘, Überprüfung der Abschiebepverfahren in Göttingen, Betreuung minderjähriger Flüchtlinge lag das Hauptaugenmerk in der vergangenen Ratssitzung auf dem Verkauf der Immobilie Bürgerstraße 15 (alte Voigtschule) an das Goetheinstitut.

TOP 13.1 Verkauf der Immobilie Bürgerstraße 15

Bereits im Jahr 2012 beschloss der Rat gegen die Stimmen der Göttinger Linken-Ratsfraktion, die Gebäude an der Bürgerstraße (alte Voigtschule, Baptistenkirche) zu verkaufen. Von da an nahm die unendliche oder besser unsägliche Geschichte ihren Lauf. Die Stadt hatte beschlossen zu verkaufen und nahm sogleich Verhandlungen mit einem Investor auf, dabei wurden sowohl Bedenken und als auch Angebote anderer Initiativen ignoriert. Als nach einem Jahr selbst für die Stadtverwaltung offensichtlich wurde, dass der Investor nicht vorhatte, die Vorgaben zu erfüllen, gab es eine neue Beschlussvorlage der Verwaltung, die nun vorsah, das Museum dort unterzubringen, eine Lösung, mit der auch wir hätten leben können. Als die Verwaltung auch diese Möglichkeit wirklich gründlich überdacht hatte, nämlich wiederum ca. ein Jahr – nun der neueste Coup: Verkauf ans Goetheinstitut und zwar zum sagenhaften Preis von 400.000 Euro. Wir, die Göttinger Linke-Ratsfraktion, unterstützten im gesamten Diskussionsprozess immer die Anliegen der Kulturinitiativen, zuletzt die des Aktionsbündnisses B.U.N.T.E.S..

Mit der am Freitag dem Rat vorgelegten Beschlussvorlage wird nun alles bisher Diskutierte ‚vom Tisch gewischt‘ – das Museum ist aus dem Rennen, ebenso die alten Angebote aus dem Bieterverfahren. Stattdessen Verkauf an das Goetheinstitut.

Der Versuch der Göttinger Linken-Ratsfraktion, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, da für eine ausgewogene Entscheidung und einen demokratischen Diskussionsprozess unter Beteiligung der Bürger/innen die Zeit von zwei Wochen zu kurz sei, scheiterte an den Fraktionen von SPD, Grünen und CDU / FDP Gruppe.

Der Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linken-Ratsfraktion Patrick Humke betonte in seiner Rede, dass man innerhalb der kurzen Zeit keine Möglichkeit für eine Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern habe. Er verwies noch einmal auf die sogenannte ‚Hinterzimmerpolitik‘, die zu diesem Beschluss geführt habe.

Die Göttinger Linke-Ratsfraktion habe nichts gegen das Goetheinstitut, vielmehr gegen das Verfahren der Verwaltung und die Nichtbeteiligung der BürgerInnen.

Auch sei der Kaufpreis lächerlich, der übrigens auch nicht öffentlich diskutiert wurde! Langfristig sei eine Vermietung durch die Stadt Göttingen, gerne an das Goetheinstitut, eine größere finanzielle Entlastung für die Stadt und eine Weitervermietung an zum Beispiel das Aktionsbündnis B.U.N.T.E.S. wäre eine gute Möglichkeit, den Bedarf an öffentlichen Räumen für kulturelle Zwecke in Göttingen zumindest teilweise zu decken.

In der Bürgerfragestunde wurde der Rat gefragt, weshalb denn eine Vermietung ausgeschlossen sei. Leider gab es darauf keine befriedigende Antwort, abgesehen von der Ansage, das EHP sei nun einmal inklusive der Veräußerung dieser Immobilie beschlossen. Eine junge engagierte Frau von diesem Aktionsbündnis durfte dann trotz ablehnender Haltung vieler Ratsmitglieder als sachverständige Bürgerin zum Thema sprechen. Sie sagte, dass sie und viele andere die Eile in diesem Falle nicht nachvollziehen können und man es ihr erklären möge. Leider bekam sie statt Antworten nur Desinteresse und eine insgesamt ablehnende Haltung.

Es bleibt zu hoffen dass die jungen engagierten Menschen nach dieser Abfuhr nicht sofort aufgeben!

Gegen die Stimmen der Göttinger Linken-Ratsfraktion wurde der Verkauf beschlossen.

TOP 5.1 "Öffentliche Toiletten am Rosdorfer Baggersee" - Antrag der GöLi- und Piratenratsfraktion

Im Antrag wird der OB aufgefordert, sich beim Landkreis Göttingen für die Aufstellung von Toilettenhäuschen einzusetzen, bei Nichterfolg die Kosten für diese Toiletten zu ermitteln und notfalls auch als Stadt Göttingen aufzustellen.

Patrick Humke brachte den Antrag ein. Ihm sei bewusst, dass diese Thema auch Anlass zur Heiterkeit bieten könne, allerdings gehe es in diesem Antrag darum, dass die Stadt Verantwortung übernehme. Denn obwohl der Baggersee auf dem Gebiet des Landkreises liege, käme die Mehrzahl der ca. 80.000 Badegäste im Jahr aus dem Göttinger Stadtgebiet. Die Verunreinigung durch Abfälle und auch Fäkalien seine in den Sommermonaten nicht zu übersehen.

Nach dem der Wendebachstausee nicht mehr zum Baden geeignet sei, wäre der Baggersee in Rosdorf die letzte Möglichkeit für Menschen mit kleinem Geldbeutel zum Schwimmen. Klar sei dort das Baden verboten, aber auch wenn man diesem Verwaltungsargument folgen wolle, wäre der See immer noch eine gute Möglichkeit, sich mit Freunden zu treffen. Eine Toilette sei auch für solche Fälle unverzichtbar.

Die Sozialdezernentin Frau Schlapeit-Beck meinte daran erinnern zu müssen, dass das Baden in diesem See sowohl verboten, als auch lebensgefährlich sei und die Behörden der Stadt Göttingen nichts Verbotenes legalisieren dürften.

Ganz davon abgesehen sei nach diesem Antrag ein extraterritoriales Engagement der Stadt Göttingen gefordert, selbst wenn die Badegäste ausschließlich aus der Stadt kämen.

Alle Anträge auf der Homepage der Stadt Göttingen einzusehen: www.goettingen.de

Aus den Ortsverbänden:

► Neustart des OV Rosdorf

Nachdem der OV Rosdorf durch einige Fortzüge von Genossen in der Jahresmitte 2013 deutlich geschwächt war, konnte jetzt durch Eintritte bzw. Wiedereinzug von Genoss_innen ein Neustart erreicht werden.

So wurden auf der Jahreshauptversammlung von DIE LINKE. Rosdorf im März die 34jährige Studentin und Schulassistentin Stine Rummel-Strebelow und der 37jährige selbständige Internethändler Simon Zacharias zu neuen Sprechern des Ortsverbandes gewählt.

Simon war bereits vor einigen Jahren BO-Sprecher, ein Jahr lang Ratscherr und in der Vergangenheit mehrfach Kreisschatzmeister gewesen. Seine

inhaltlichen Schwerpunkte sind die Wirtschaftsförderung und die Verkehrspolitik, wobei er sich vor allem für eine bessere ÖPNV-Anbindung von Rosdorf an Göttingen einsetzt.

Stine wird sich in Zukunft um die Öffentlichkeitsarbeit des Ortsverbandes kümmern. Sie nimmt auch am Mentoringprogramm des Landes Niedersachsen „Politik braucht Frauen“ teil, das zum Ziel hat, Frauen für die Kommunalpolitik vorzubereiten. Schwerpunkte ihres Engagements bilden die Schul- und Jugend- sowie die Umwelt- und Planungspolitik.

Nach der Kommunalwahl 2011 hatte DIE LINKE ihr Ergebnis für den Gemeinderat

auf 3,4% leicht steigern können. Ratscherr und stellvertretender Bürgermeister ist seitdem der Dolmetscher, Übersetzer und Vorsitzende des Zentrums der Eziden in Göttingen Azad Onal. Dieser bildet eine Gruppe mit der SPD, die mit dem SPD-Bürgermeister gegenüber der CDU/Grünen-Gruppe über eine Ein-Stimmen-Mehrheit im Gemeinderat verfügt.

Azad setzt sich für eine gleichmäßige Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten sowie die Beibehaltung der Bus-Beförderung in die Kindergärten ein.

Er steht für bessere und sichere Radwege in der Gemeinde.

Als Ziel für die Kommunalwahl 2016 strebt der Ortsverband einen zweiten Sitz im Gemeinderat und einen Sitz im Rosdorfer Ortsrat an. Dabei erscheint es sicher, dass eine ausreichende Zahl von Kandidat_innen zur Verfügung stehen wird.

► Themenabend OV Göttingen am 2. März

Gleich zwei, wenn auch zusammenhängende Themen und zwei Referenten waren bei dem März-Themenabend des OV Göttingen vertreten: So referierte Edgar Schu zur Forderung nach Steuerfreiheit für den Mindestlohn und Jörg Miehe zur Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden. Beide Forderungen würden bei ihrer Realisierung zu einer Verbesserung des Gesamteinkommens aller Erwerbstätigen gegenüber den Kapitaleinkommen führen und damit auch die gewerkschaftliche Position stärken.

Edgar Schu rechnete vor, dass ein gering verdienender Erwerbstätiger gezwungen sein kann, durch die Zahlung von Lohnsteuer ergänzend Hartz IV (ALG II) zu beantragen. Ohne die Zahlung von Lohnsteuer würde dieses Problem nicht bestehen (vgl. auch GöBlä 2/2015, S. 9).

Einen entsprechenden Antrag hatte der Landesparteitag am 8. Februar einstimmig beschlossen. Der Antrag soll dann auf dem nächsten Bundesparteitag im

Juni 2015 in Bielefeld gestellt werden. In den vergangenen Jahren habe der Parteivorstand, so Edgar, mehrheitlich einen solchen Antrag abgelehnt, da er zu weniger Steuereinnahmen geführt hätte.

In seinen Vortrag verknüpfte Edgar dies mit Forderungen nach einem Mindestlohn von mindestens 10 Euro die Stunde und einem existenzsichernden Hartz-IV-Regelsatzes von 500 Euro, wie sie auch von unserer Partei vertreten werden.

Die Bundestagsfraktion fordert derzeit eine Erhöhung des äußerst geringen Steuerfreibetrages von rund 8.350 Euro auf 9.300 Euro, was allerdings auch kaum den Hartz-IV-Satz mit Miete abdecken würde.

Jörg Miehe sieht in einer drastischen Reduzierung der Arbeitszeit als kurze Vollzeit die wichtigste Forderung zur Verbesserung der Situation von abhängig Beschäftigten. Durch die dann mögliche Reduzierung der Erwerbslosigkeit würde sich die Machtposition der Gewerk-

schaften so verbessern, dass die Durchsetzung weiterer Forderungen deutlich leichter wäre.

Dabei lieferte er einen kurzen Überblick über den Zusammenhang der Zahl der Unterbeschäftigten und des Abbaus des Sozialstaates. Lohnerhöhungen oder nur kurze Arbeitszeitverkürzungen könnten beispielsweise durch Arbeitsverdichtungen unterlaufen werden.

In der Diskussion musste die Frage offen bleiben, ob neben einer allgemeinen Unterstützung der kurzen Vollzeit auch die Versammlung diese als die wichtigste gewerkschaftspolitische Forderung sieht. Gerade auch aufgrund der von Jörg vorgebrachten Argumente erscheint dies ungleich schwerer durchsetzbar als eine (deutliche) Erhöhung des Steuerfreibetrages oder des Mindestlohns.

Die Frage, unter welchen Bedingungen sozialpolitische und gewerkschaftliche Forderungen durchgesetzt werden können, soll bei einer zusätzlichen Veranstaltung vertieft werden.

Der Bericht findet sich auch auf der Homepage mit einer entsprechenden LINK-Liste:

http://www.die-linke-goettingen.de/ortsverbaende/ov_goettingen/berichte/

► Flucht ist kein Verbrechen!

Während sich in Göttingen auch führende lokale Sozialdemokraten für eine humane Flüchtlingspolitik einsetzen und teilweise federführend in der Initiative „Göttingen hilft“ mitarbeiten, sollen auf Bundesebene die Kriminalisierung und Inhaftierungsmöglichkeiten für Flüchtlinge weiter ausgebaut werden.

Mit der Verschärfung des Gesetzes zum Bleiberecht und der Aufenthaltsbeendigung bereitet die Große Koalition die Grundlage vor, Asylsuchende inhaftieren zu können. Betroffen davon sollen selbst Menschen

sein, die in Deutschland Aufnahme bei ihren Familien oder Bekannten suchen. Alle, die das sogenannte Dublin III-Gesetz verletzen, müssen zukünftig mit Verhaftung und anschließender Abschiebung rechnen. Das bedeutet letztlich nichts anderes, als dass praktisch allen Menschen, die irgendwie auf der Suche nach Schutz und Menschlichkeit ihren Weg nach Deutschland über ein anderes europäisches Land gefunden haben, wie Verbrecher behandelt werden.

Äußerst beschämend dabei ist, dass sich die SPD, in deren Reihen sich während der Nazidiktatur selbst viele Verfolgte,

Schutzsuchende und Migranten befanden, sich spätestens seit Beginn der 1990-er Jahre aktiv an der ständigen Aushöhlung bis zur faktischen Beseitigung des Asylrechts beteiligten und beteiligen.

Da stimmt doch was nicht, wenn sich in Göttingen Sozialdemokraten/innen einerseits für eine humane Flüchtlingspolitik einsetzen, sich aber ihre Spitzenpolitiker wie z.B. auch Thomas Oppermann auf Bundesebene einträchtig mit CDU/CSU an der völligen Abschaffung von Bleiberecht und Duldung aktiv beteiligen.

Nicht die Menschen die Schutz suchend zu uns kommen sind kriminell, sondern die, die ihnen Hilfe und Beistand verweigern und die die Verantwortung für sie gleichsam mit ihnen abschieben. (gn)

Das Töten zu lernen ist keine normale Berufsausbildung

► Schluss mit der Teilnahme der Bundeswehr auf der Bildungsmesse GöBit

In Göttingen sollten Kreistag und Stadtrat dafür sorgen, dass es auf den kommenden Bildungsmessen keine Werbestände der Bundeswehr mehr gibt.

Als 17-jährige „ging sie der Bundeswehr auf den Leim“. Jetzt muss sie laut Urteil des Verwaltungsgerichtes Göttingen 124.000 Euro sogenannte Ausbildungskosten zur Ärztin an den Bund zurückzahlen, weil sie sich weigerte nach Afghanistan in den Krieg zu ziehen. Ein weiterer Fall eines jungen Menschen, der den Webern der Bundeswehr glaubte: Auslandseinsätze kein Thema und wenn, dann nur freiwillig. Von Freiwilligkeit war dann 2008 keine Rede mehr, ab nach Afghanistan. Weil sie das nicht wollte und die Bundeswehr verließ, soll sie nun die gesamten Ausbildungskosten zurückzahlen.

Es ist an der Zeit, dass sich endlich auch die Kommunalpolitik in der Region Göttingen dagegen wehrt, dass häufig noch minderjährige junge Menschen in Schulen und auf Bildungsmessen von der Bundeswehr als „Rekrutierungsobjekte“ in die Irre geführt werden.

In Herne beispielsweise hat der Jugendhilfeausschuss 2013 einstimmig eine Resolution verabschiedet „künftig keine militärische Werbung mehr an Orten zu machen, die hauptsächlich von Minderjährigen wahrgenommen werden.“ Entsprechend wurde die Bundeswehr für die Bildungsmesse „Mittleres Ruhrgebiet“ wieder ausgeladen. Dass dann der Ältestenrat der Stadt Herne diesen Beschluss wieder aufhob begründete Oberbürgermeisterin Scholz

damit, dass die SPD dem Druck von CDU und Bundeswehr nachgeben musste. Im Ergebnis schade und schäbig von der SPD, aber immerhin hat sich hier ein Jugendamtsleiter und ein Ratsausschuss getraut aktiv zu werden, Position zu beziehen und nicht schon vorher „die Schere im Kopf“ zu haben.

Im Göttinger Kreistag und im Rat und/oder seinen entsprechenden Ausschüssen sollte man endlich auch aktiv werden und einen Vorstoß unternehmen, der Bundeswehr auf den kommenden Göttinger Berufsinformationstagen (GöBit) keine Plattform mehr zu bieten.

Dies wäre auf der Grundlage der UN-Kinderrechtskonvention ohne weiteres zu vertreten und zu legitimieren. Berufsinformationstagen sind vorrangig für Schulabgänger/innen der Klassen 10 und 12 gedacht. Fast alle diese Jugendlichen

sind also noch minderjährig. Aber auch das Verständnis für berufliche Ausbildung ganz allgemein wird mit dem Werben für den „Soldatenberuf“ pervertiert. Töten zu lernen und zu Zerstören darf nicht gleichgesetzt werden mit einer normalen Berufsausbildung.

Nun höre ich schon wieder die Formalisten aus den Reihen der Kommunalpolitiker der sogenannten großen Parteien. Kreis und Stadt sind keine Ausrichter der GöBit, können also gar nichts machen. Richtig, Ausrichter ist die Agentur für Arbeit. Aber in deren Verwaltungsrat haben Kreis- und Stadtverwaltung z.B. ihre Vertreter/innen sitzen, die ihre Stimme erheben könnten. Der Kreis ist zudem seit etlichen Jahren „Gastgeber“ und Hausherr der GöBit in den Räumlichkeiten einer Berufsbildenden Schule. Die Berufsbildenden Schulen selbst sind wesentliche Aussteller und Informationsträger auf der GöBit.

Also, wenn der politische Wille vorhanden wäre, könnte man schon Einfluss nehmen. Wäre doch auch eine öffentliche Notiz wert, wenn aus dem kommunalpolitischen Raum in der Region Göttingen ein Signal ähnlich wie in Herne kommen würde. Die Bundeswehr hat in Schulen und auf Bildungsmessen nichts zu suchen! (gn)

